

Der BND, ein russisches Agentenpaar und ein Verdacht

Geheimdienst zeigt eigenen Mitarbeiter an. Der Fall löst auch neue Debatten zu Rücktritt im NSA-Untersuchungsausschuss aus

MANUEL BEWARDER UND FLORIAN FLADE

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat nach Informationen der „Welt“ Anzeige gegen einen Mitarbeiter wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat gestellt. Der Mann soll im vergangenen Jahr den damaligen Obmann der Union im NSA-Untersuchungsausschuss, Roderich Kiesewetter, darüber informiert haben, dass in seinem Umfeld im Reservistenverband der Bundeswehr zwei sogenannte Beschaffungshelfer des BND tätig waren. Diese stellen ihre Postadresse für Nachrichtenübermittlung zur Verfügung. Kiesewetter trat anschließend von seinem Posten zurück. Als Grund gab der CDU-Politiker an, möglichen Zweifeln an seiner Unvoreingenommenheit gegenüber dem BND entgegenzutreten zu wollen.

Die „Welt am Sonntag“ hatte am Wochenende erstmals über den Vorwurf gegen den BND-Mitarbeiter berichtet. Kiesewetter bestätigte die Darstellung gegenüber der Zeitung: „Es trifft zu“, so der CDU-Politiker. Der verdächtige Mitarbeiter wiederum erklärte, dass er sich aus dienstrechtlichen Gründen derzeit nicht äußern könne. Laut den Recherchen besteht sogar der Verdacht, dass der Mitarbeiter den Außenpolitiker im Auftrag eines russischen Nachrichtendienstes informiert haben könnte, um damit die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu beeinflussen.

Der Vorsitzende des NSA-Untersuchungsausschusses, Patrick Sensburg, zeigte sich offen dafür, dass das Gremium künftig nicht nur die Überwachung durch westliche, sondern auch durch russische Geheimdienste untersucht. „Man muss sehr gründlich überlegen, ob man den Untersuchungsauftrag des Ausschusses auf den russischen Auslandsgeheimdienst erweitert“, sagte der CDU-Politiker der „Welt“. Hintergrund seien Hinweise zu den Veröffentlichungen von Edward Snowden, der ungeklärte Ursprung neuer Wikileaks-Enthüllungen sowie der Bericht zum Rücktritt von Kiesewetter. „Wir dürfen nicht ausschließen, dass unsere Arbeit durch Kampagnen aus Moskau beeinflusst werden soll“, betonte Sensburg. Der Ausschussvorsitzende forderte den BND auf, dem Parlament mitzuteilen, wann er in wel-

cher Weise über Details des Rücktritts informiert gewesen war.

Über die Fraktionsgrenzen hinweg forderten Abgeordnete die Regierung auf, das Parlament zu unterrichten. Der Obmann der Grünen im Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, sagte der „Welt“ mit Blick auf Kanzlerin und Vize-Kanzler: „Dass der Untersuchungsausschuss diese Informationen nicht von der Bundesregierung, sondern aus der Zeitung erfährt, stärkt nicht gerade das Vertrauen in die Aufklärungsbereitschaft von Merkel und Gabriel.“ Der Vize-Fraktionschef weiter: „Wir werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Unterrichtung über diese Vorfälle verlangen und dann wird man hoffentlich verstehen, was hinter dieser mysteriösen Geschichte steckt.“

SPD-Obmann Christian Flisek erklärte, es sei eindeutig, dass das Parlament über die Hintergründe des Rücktritts aufgeklärt werden muss. „Dem BND fehlt es in dieser Sache von Beginn an Sensibilität. Es war bereits grob fahrlässig, dass der Dienst Herrn Kiesewetter nicht über die Beschaffungshelfer in seinem Umfeld informiert hatte.“

Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG), André Hahn, erklärte: „Ein Fall von Geheimnisverrat durch einen BND-Mitarbeiter ist definitiv ein Vorgang von besonderer Bedeutung, über den die Bundesregierung das Kontrollgremium unterrichten muss. Das ist nicht geschehen.“ Hahn kündigte an, den Vorgang auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung im September zu setzen. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, sagte: Sollte der Zeitungsbericht zutreffend sein, „muss sich der BND insbesondere auch zu der Frage äußern, warum er das Kontrollgremium über diesen gravierenden Vorgang nicht informiert hat“.

Der BND war vor ein paar Jahren dem Verdacht nachgegangen, dass der betroffene Mitarbeiter einem russischen Nachrichtendienst Informationen liefere. Sein Name war in einem der spektakulärsten Spionagefälle seit der Wiedervereinigung aufgetaucht. Das Ehepaar Heidrun und Andreas Anschlag wurde im Jahr 2013 wegen Agententätigkeit zu Haftstrafen verurteilt. Nachweislich hat-

ten sie den späteren BND-Mitarbeiter im Jahr 2003 als potenzielle Quelle an Moskau empfohlen. Anschließend soll es Treffen zwischen dem Deutschen und einem Vertreter des russischen Generalkonsulats gegeben haben.

Nach der Enttarnung des Ehepaars Anschlag geriet der BND-Mitarbeiter in den Fokus der Eigensicherung des Dienstes. Die Maßnahmen mündeten

sogar in einer Überwachung von Telefonaten und E-Mails (G-10-Maßnahme). Es wurden jedoch keine Beweise gefunden. Der Mitarbeiter versuchte daraufhin, in der privaten Wirtschaft unterzukommen, unter anderem bei Axel Springer („Bild“, „Welt“, N24). Doch die Versuche blieben erfolglos. Er arbeitet bis heute beim BND.